

In der die Polenener Jungdeutschen verurteilt und angegriffen wurden, weil das in 'Dommerellen' zu nicht so schnell nachprüfen ist, und eine falsche 'Dolm.' in der man sich gegen die 'Dommereller' Jungdeutschen wandte. Beim 'Dommereller' Kegelblatt' ist die Meinung an den Gegen, an gebung ausgebaut sein muß. Gerade die Kesselfarbe, daß dieses notwendige Vertrauen schon seit langer in weiten Kreisen des 'Dommerellen' erfüllt ist, erklärt zum guten Teil die Erfolge der Jungdeutschen Partei, die innerhalb weniger Wochen, von Oberbischheim kommend, in 'Polen' und 'Dommerellen' festen Fuß zu fassen vermochte. Vor allem aber sind die Deutschen dieser Gebiete gegen ihre alten Führer, die noch vor gar nicht langer Zeit offen gegen den Nationalsozialismus Stellung genommen haben und erst in dem Augenblick, in dem ihnen das gefährlich zu werden schien, anders zu reden anfingen, mit berechtigtem Mißtrauen erfüllt. 'Die Behauptung dieser Männer', schreibt der Jungdeutsche Hans von Rosen in dem mehrfach erwähnten 'Danziger Blatt', 'sie seien seit langem überzeugte Nationalsozialisten, kann niemand glauben. Wenn sich der eine oder der andere von ihnen tatsächlich umgewandelt haben sollte, so ist das ehrenwert und erfreulich; aber er muß dann von der Führung zurücktreten, denn ein Führer darf den Kurs nicht ändern.'

Der polnische Mensch.

Im Maßstab der 'Neuen Deutschen Rundschau' finden wir neben anderen wertvollen Beiträgen in dem Vortragsausdruck von Hans K. 'Blick auf Polen' einen Abschnitt, der den polnischen Menschen charakterisiert. Es heißt dort u. a.:

Es wäre eine ungewöhnlich interessante Aufgabe, den Typ des polnischen Menschen bei drei Teilgebieten einmal einseitig der politischen Tendenz zu unterziehen, lediglich unter der Fragestellung, welche Eigenschaften aus der Volks- oder Persönlichkeit der Teilungsmächte Rußland, Preußen, Österreich in den Nationalcharakter einbezogen sind. Undenkbar, daß in einem Zeitraum von einhundertfünfzig Jahren nicht eine tiefgehende Aufzählung vor sich gegangen sein sollte, wie stark auch immer die Abwehr gegen das Fremde gewesen sein mag. Der etliche von Polen aus den westlichen Gebieten kennt und ihn in Art und Temperament mit seinen Völkern aus Ostpreußen, aus Galizien, aus dem Galizischen vergleicht kann, wird tiefere als die rein landschaftlich bestimmten Unterschiede feststellen haben. Auch heute noch — was sind noch fünfzehn Jahre — bestehen die 'drei Polen' als relativ geschlossene Richtungen, deren Abziele sich sehr langsam in die eine gemeinsame Richtung dreht, und nur der Energie stütziger Vermittlungen konnte und kann glauben, daß sich die lähmende Drossel der Abzählung von einer anderen Struktur durch drastische Maßnahmen forcieren läßt.

Kein geistig unabhängiger Pole leugnet dieses entwicklungsgeschichtliche Erbe. Er empfindet es zudem am eigenen Wesen kaum als Mangel, freilich bei den anderen, andersartigen, oftmals als Mangel, als eine Art von eingeschlepptem Übel, das dem Nationalcharakter nicht anhaftet. Es konnte nicht leben, daß die Wesensunterschiede zwischen den drei Polen in den ersten hundert Jahren nach der Wiedergeburt zu beseitigen, dem Außenstehenden freilich selten mehrnehmbaren Kämpfen innerhalb der Staatsverwaltung führten; es waren Auseinandersetzungen von ausgeprochen partikularistischer Färbung, nicht so, daß sie das staatliche Gefüge tatsächlich bedroht hätten, aber doch mit der Tendenz der Verkörperung der Durchsetzung eines lokalen Individualismus. Soweit sich leben läßt, ist diese Art vorerst abgeschossen. An ihrer Stelle wirkt eine mächtige, vernünftige, rabulistische Politik der ersten hundert Jahre nach, die einmal Zentren waren (Krakau, Polen, Lemberg, Wilna) und heute durch den Aufstieg und den kostenreichen Ausbau Warschaws zur Landesmetropole der Gefahr des provinziellen Stillstands ausgeliefert sind.

Anders, der Abstand zwischen diesen Städten einer alten lebendigen Bürgerkultur und dem eintal einer neuen Bedeutung ent-

schiedslos dienen sollen? Die deutschen Bauern, Handwerker und Arbeiter in 'Polen' und 'Dommerellen' helfen zu ihnen schon seit langem nicht mehr jenes Vertrauen, auf das gerade das Organisations- und Genossenschaftswesen einer Volksgemeinschaft in fremdenationaler Umgebung ausgebaut sein muß. Gerade die Kesselfarbe, daß dieses notwendige Vertrauen schon seit langer in weiten Kreisen des 'Dommerellen' erfüllt ist, erklärt zum guten Teil die Erfolge der Jungdeutschen Partei, die innerhalb weniger Wochen, von Oberbischheim kommend, in 'Polen' und 'Dommerellen' festen Fuß zu fassen vermochte. Vor allem aber sind die Deutschen dieser Gebiete gegen ihre alten Führer, die noch vor gar nicht langer Zeit offen gegen den Nationalsozialismus Stellung genommen haben und erst in dem Augenblick, in dem ihnen das gefährlich zu werden schien, anders zu reden anfingen, mit berechtigtem Mißtrauen erfüllt. 'Die Behauptung dieser Männer', schreibt der Jungdeutsche Hans von Rosen in dem mehrfach erwähnten 'Danziger Blatt', 'sie seien seit langem überzeugte Nationalsozialisten, kann niemand glauben. Wenn sich der eine oder der andere von ihnen tatsächlich umgewandelt haben sollte, so ist das ehrenwert und erfreulich; aber er muß dann von der Führung zurücktreten, denn ein Führer darf den Kurs nicht ändern.'

gegenstrebenden Warschau ist nichts Landesgenossenschaft. Eines ganz anderes ist es schon mit der Distanz zwischen den großen oder mittleren Gebietszentren und jener polnischen Kleinstadt, die noch als ein Schritt von der polnischen Kultur zum westlichen Europa führt, vollends in ein anderes Zeitalter, in ein anderes Zeitalter menschlicher Kultur und Wirtschaftsführung. Die Proportionen bleiben dabei in sich selber gleich: zwischen Stadt und Dorf der großen Einzelsprache beherrscht immer eine deutliche Entfremdung; Stadt und Dorf im Westen, im Osten, in Kleinstädten, 'passen', primitiv gesprochen, zueinander.

Da das Kulturgefälle ist weltlicher Richtung verläuft, ist es nicht ganz exakt, von 'dem' polnischen Bauern zu sprechen, es sei denn in der Abgrenzung der Bevölkerungsschicht, aber das bäuerliche Prozent macht in westlichen Richtung an, und somit ist der 'geborene' Bauer meistens in der Minorität. Hier liegt das 'Problem von heute und morgen, möchte man es auch immer wieder durch sehr elegante, energiegeladene 'Projekte' von übermorgen in den Schatten treten lassen. Kein Vergleich kann die 'Spannungen' im neuen Polen der 'Phantasie' so nahebringen wie Realität aus der Wirklichkeit; während auf den Boulevards der großen Städte nichts die Vortrekkanten scheinen, ruht in den Vorstädten der ähnlichen Objekte noch (oder minder) der Kleinbau, der der Bauer mit dem Scheiteln die Herdflamme an. Und während in den Auslagen der händlichen Geschäfte die Produkte einer hochentwickelten Industrie zum Verkauf stehen, kehrt der Bauer aus Pöbeln und Romagereb zu unattraktiven bargebellen Tauschverkehr zurück. Man hätte sich, die Dinge mit dem Werturteil des Westens anzusehen. Es sind Leistungen jenseits von Schuld und Verdienst. Und erst eine künftige Zeit — die Republik ist heute fünfzehn Jahre alt — wird einmal Raum für Werturteile haben. Die 'Bauern' der Gegenwart, insbesondere das fast hoffnungslose Problem des Zinnergebisses (hier: fünfendzigtig Prozent von hiebig Prozent) ist für den neuen Staat, der sich in einer Weltmarktkonstitution konstituiert, ein ähnlicher Stein und Prüfstein wie die Arbeitslosigkeit für die modernen Massenstaaten des Westens. Nur die unvorstellbare Genügsamkeit und Redlichkeit der polnischen Bauern hat das Land bis heute vor einer Generalrevolte der Seelen bewahrt, menschenverneinend (in Wohnheimen) in Verdrückung der 'Bauern' markiert, die heute ein in den zentralen Kreis und Balkenkreuz der Welt, zwischen Riesen, Rüstung und Zinnergebiss, Traktor und Siebel. Ein Land von Bauern, in dem nichtsdestoweniger bereits ein bürgerliches Proletariat vorhanden ist. Ein Land zudem, das in verschiedenen geopolitischen Räume auseinanderfällt. Nach allem ein Land, das seine Synthese erst erkämpfen muß.

Offland-Woche.

Dr. Soebels besucht Polen.

Im Rahmen der polnischen Intellektuellen Union hat Professor Dr. Siegfried Reichsmann Dr. Soebels einen Vortrag nach Warschau eingeladen. Dr. Soebels wird dieser Einladung Folge leisten und in Warschau über die Ideologie des neuen Deutschlands sprechen. Dieser Vortrag findet voraussichtlich am Mittwoch, dem 13. Juni 1934, in der Aula der Warschauer Universität statt. Der Besuch des Reichsministers in Warschau und Krakau wird sich auf den 13., 14. und 15. Juni erstrecken.

An der polnischen Öffentlichkeit hat die angekündigte Reise bereits das denkbar größte Interesse hervorgerufen. Die Popularität von Dr. Soebels ist in Polen in den letzten Jahren wesentlich gestiegen, was durch die Reportagen der polnischen Journalisten, die sich an der 'Deutsche Reiter in Warschau'.

An dem Internationalen Reittourneur in Warschau, das in der Zeit vom 1. bis zum 11. Juni im Czajnikpark stattfindet, nehmen

erstmalig auch deutsche Reiter teil. Die deutsche Gruppe besteht aus dem Reitleiter Momm und den drei Oberleutnants E. Hoffe, R. Halls und Brandt. Führer der Gruppe ist Oberleutnant v. Walden. Der Reiter vereint die deutschen Farben Astei und Polka. Als Aufhänger nimmt an dem Turnier der Kommandeur der Kavalleriebrigade in Hannover, Generalleutnant v. Palmig, teil. Die Deutschen kamen aus Rom und Riga mit Pferden, die nicht ausgereibt sind, die also geschont werden mußten. Ferner waren die Deutschen durch die Stürze, die Oberleutnant Ernst Halls in Riga und Oberleutnant Brandt in Wiesbaden erlitten, gehandicappt. Ihre Teilnahme an dem Warschauer Turnier wäre dadurch ebenfalls in Frage gestellt worden. Als besondere Schwierigkeit kam das dem Deutschen völlig unbekannte Terrain hinzu. Die Reiter sind mit dem besten Pferden und dem ausgereiftesten Pferdematerial ausgerüstet. Es beteiligen sich ferner lettische, schwedische, tschechische und rumänische Reiter. Die Polen sind mit fast 100 Pferden vertreten. Die deutschen Reiter, die in überaus herrlicher Weise aufgenommen wurden, legten am Grobe des unbekannten Soldaten einen Kampf

mit den Nachscharen nieder. Die feierliche Kranzniederlegung fand in Einzelheiten der Vertretung der polnischen Jugendhilfe statt. Während der Kranzniederlegung wurden die polnische Nationalhymne und das Deutschlandlied gespielt.

Polnische Gäste in Berlin.

Am 2. Juni traf in Berlin eine polnische Gefolgsschleife ein, die sich aus 800 prominenten Vertretern des Staates, der Behörden sowie der Wirtschaft zusammenfand. Mit Sonderzug auf dem reich geschmückten Zubehörschieberrichtzug ankommenden Gäste wurden im Auftrage des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda von Vandalenstellern empfangen. Schulze-Wechsungen offiziell empfangen. Als der Zug in die Halle einlief, spielte ein SA-Musikzug unter Leitung des Stabsführers Schubert einen Marsch. Die polnischen Gäste besichtigten Berlin und besahen die Ausstellung „Deutsches Volk — Deutsche Arbeit“, „Bannsee und Potsdam“. Nach einem vom polnischen Generalkonsul im Zoo veranstalteten offiziellen Empfang kehrten sie am 5. Juni nach Polen zurück.

Die Not der polnischen Arbeiter in Frankreich.

Der „Ausstromung Kurier Codzienny“ veröffentlichte einen umfangreichen Bericht über die Lage der polnischen Auswanderer in Frankreich, die er als geradezu tragisch bezeichnet. Die humanitäre Frage von allen polnisch-französischen Tragen, schreibt das Blatt, „ist die Frage der Auswanderer. Deren Lage war immer schlecht, aber was heute mit unseren Arbeitern geschieht, spottet auf den primitiven Anforderungen der Menschlichkeit. Wir wissen, daß der polnische Arbeiter auf den französischen Straßen oft als weißer Regent behandelt wird, daß der Fürsorge, der Gewalt und der Rechtlosigkeit ausgeliefert.“ Als die Krise auch in Frankreich immer größer wurde, seien hier die polnischen Arbeiter als erste zum Opfer gefallen. Soweit seien sie massenweise entlassen worden und jetzt müßten sie des Landes verwiesen. Außerdem seien sie noch den Schikanen der Ortsbehörden ausgeliefert. Im Laufe von einigen Wochen seien 2500 polnische Arbeiter „zum freiwilligen Verlassen Frankreichs gezwungen“ worden. Nach antizipierten Ankündigungen steh noch weiteren 3000 Polen daselbe Schicksal bevor. Keiner der Auswanderer sei seiner Zukunft sicher. Diejenigen, die nach Polen zurückkehren, erdulden von Ausbeutung der polnischen Arbeiter durch die Grundbesitzer, von denen sie in letzter Zeit kommunistisch angezogen sind. Damit ist die Auswanderung beschleunigt wurde. Auf der Fahrt nach Polen würden die Rückwanderer am besten in Deutschland behandelt, wo sie herzlich aufgenommen, und namentlich die Kinder mit Nahrungsmitteln beschenkt wurden. Um so schlechter sei dann wieder die Behandlung, die den Rückwanderern auf ihrem Wege durch die Etschowskoi-Kasse widerfahre. An „Prag, wo zum Beispiel ein Rückwanderer eine Stunde Aufenthalt hatte, sei den Arbeitern verboten worden, die Bogen zu zerreißen. Die Arbeiter beimkehrten Polen ihm schließlich geknickt und auf ihrem Gesichtern male sich Ermüdung und Verzweiflung.“

„Deutsche“ Schulen mit — polnischer Unterrichtssprache.

Im März d.J. war der verantwortliche Schriftleiter der „Człowiek i Praca“, Hugo Wiczorek, zu vier Monaten Haft und 1000 Reichsmark Geldstrafe verurteilt worden, weil er am 11. Juni 1933 in seinem Blatt über die Bemühungen gewisser polnischer Stellen, insbesondere des Cobler Schulinspektors, die deutschen Volksschulen unter völliger Vereinfachung der deutschen Sprache in „einsprachige“ Schulen zu verwandeln, berichtet hatte. Jetzt fand vor dem Cobler Bezirksgericht die Verurteilungsverhandlung statt, in der die Strafe auf 10 Tage Haft und 1000 Reichsmark Geldstrafe ermäßigt wurde, weil, wie es in der Begründung heißt, der Angeklagte aus patriotischen, edlen und sozialen Beweggründen gehandelt habe. Aus der Aussage des als Zeugen genannten deutschen Senators Ulla ergibt sich die überaus bedrückende Lage der deutschen Volksschulen in polnischer Sprache und der Lehrer, deren Kinder die Sprache vernachlässigt worden, ihre Unterrichtspraxis unter Androhung auf Umwandlung der deutschen in „einsprachige“ Schulen zu setzen. Es wurde ihnen na gegeben, daß die deutschen Schulen sonst geschlossen und ihre Kinder in polnische Anstalten überwiegen werden müßten. Aus allen deutschen Schulen ist unter dem Druck des Schulinspektors die deutsche Unterrichtssprache verdrängt worden. Der Inspektor prüft die Kinder bei seinen Visitationen nur in polnischer Sprache und lehnt den Lehrer, deren Kinder die deutsche Sprache nicht völlig beherrschen, schlechte Zeugnisse aus; Lehrer, die sich keinen dem Geleg widerstehenden Anordnungen bezüglich der Unterrichtssprache nicht fügen, werden als flache Pandur in rein polnische Gemeinden strafverlegt oder kurzweilig zwangspensioniert. In keiner einzigen deutschen Volksschule in Coblenz werden die für die Schule geltenden Vorschriften eingehalten. „Auch noch der Deutschunterricht wird in deutscher Sprache erteilt. So ist allen Unterrichtspraxis durch Drohungen und Zwangsmaßnahmen zwangsgewisser polnischer Organe, insbesondere des Schulinspektors, die polnische Unterrichtssprache eingeführt worden. In der polnischen

Schulpolitik aber werden diese Schulen immer noch als „deutsche Unterrichtsanstalten“ geführt. Auf solche Angaben, die den Entschlossen durchaus widerprechen, stützt sich dann der Ruhm der „preismühsamen polnischen Colonien“.

Senator Ulla hat sich in der Schulangelegenheit am 1. Juni in einem Schreiben an den Unterrichtsminister gemeldet, es heißt darin: „Bei dem am 27. Mai d.J. stattgefundenen Stadtratswahl haben sich in Coblenz über 18 000 deutsche Wähler für die Fortsetzung ausgesprochen, daß den deutschen Kindern der Unterricht in der Muttersprache immer ermöglicht werde. Die unverständliche Einteilung der Cobler Schulbehörden gegenüber dem deutschen Schulwesen beeinflusst sehr nachteilig die wohlwollende Einstellung der deutschen Bevölkerung zu den polnischen Kindern und vergrößert auch unsere Beziehungen zu friedliches und freundschaftliches Verhältnis zu allen Mitbürgern unserer Stadt aufrechtzuerhalten. In den letzten Tagen meldeten sich bei mir 80 Eltern, deren deutsche Kinder gegen ihren ausdrücklichen Willen, der in zur vorgeschriebenen Zeit eingereichten Deklarationen zum Ausdruck gebracht wurde, in Schulen mit polnischer Unterrichtssprache eingeschult worden sind. Ein Verzeichnis dieser Kinder füge ich bei mit der Bemerkung, daß es nicht vollständig ist, da sich die geschädigten Eltern noch in anderen Organisationen gemeldet haben und sich mit Entschlossenheit bei jetzt überhaupt noch nicht registriert worden ist.“ Senator Ulla ersucht dann den Minister, dem Cobler Schulbehörden nahezu legen, die Bestimmungen des Ministerratsbeschlusses vom 3. Mai 1919 über die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache genau zu beachten und alle Gesuche der deutschen Eltern um Verlegung ihrer Kinder in Schulen mit deutscher Unterrichtssprache zu berücksichtigen.“

Die Überführung der Friedenshütte.

Vor einiger Zeit ging bekanntlich die Aktienmehrheit der Friedenshütte in den Besitz des polnischen Staates über. Die verächtlichen nationalpolnischen Ausrichtungen dieser Aktion haben sich nunmehr bemerkbar gemacht. So ist gleich mehrere neue Beamte eingestellt, und man handelt es sich bei den Neueinstellungen um Akademiker, die aus anderen polnischen Vandalenstellen herangezogen werden. Sobald sich diese Vandalen in den Betrieben eingearbeitet haben, werden die bisherigen obersteilischen Beamten entlassen. Die große Zahl der infolge der Wirtschaftskrise abgebauten bedürftigen obersteilischen Angestellten findet bei den Bewerbungen keine Berücksichtigung. Auch für die begabten Schüler der in der Friedenshütte beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist die Zukunft verheißungslos; denn nach einer Verlegung der Direktion dürfen Schulentfänger nur bis zum 17. Lebensjahr in den Vandalen als Auffassungen beschäftigt und können dann bestenfalls im Betriebe als gewöhnliche Arbeiter weiter behalten werden. Für einseitige Oberschüler besteht also kaum noch eine Möglichkeit, in besserer Lage oder auf leitende Stellungen in den Betrieben der Friedenshütte A. G. zu kommen.

Neue Anklage gegen die Volksbund-Jugend.

24 jugendlichen Volksbundmitgliedern ist eine Anklageschrift des Staatsanwalts vom Königsgericht Breisach zugestellt worden. Den Angeklagten Ernst Günther, Dietrich, Anton, Rottmisch und Erwin Maier, aus Eppingen sind vorgeworfen, zu Anfang des Jahres 1933 in Eppingen, Schlengensberg und Hohenlohe Gruppen des „Verbandes der Volksbundjugend“ unter dem Namen „Wandergesangsgruppe“ gegründet und geleitet zu haben. Weiter heißt es, daß sie das Bestehen dieser Gruppen mit überhaupst dem „Verbandes“ geheim gehalten hätten. Gegen die übrigen 22 Angeklagten aus Eppingen, Schlengensberg und Hohenlohe wird Vorwurf erhoben, daß sie in der Zeit vom Mai bis September 1933 in den erwähnten Ortschaften an Versammlungen dieses „Verbandes“ in Privatwohnungen und unter fremder Himmelt teilgenommen und Reden, Organisation und Zweck des „Verbandes“ geheimgehalten hätten. Diese Handlungen sollen ein Vergehen gegen Art. 165, § 1 und 2 des Strafgesetzbuches darstellen, weshalb gegen sämtliche 24 Angeklagten Anklage wegen Geheimbündeltätigkeit erhoben wird.

Auflösung der Taubstummenanstalt in Kosten?

Mit Beginn des neuen Schuljahres soll die staatliche Taubstummenanstalt in Rhenanien als Eltern- und Kinderversammlung aufgelöst werden. Die Anstalt wurde im Jahre 1876 in Bromberg gegründet und siedelte im Jahre 1922 nach Kosten über, wo sie in den Gebäuden der Zerkowenanstalt untergebracht wurde. Gegenwärtig zählt die Anstalt nur 60 Schöflinge, die mit Ende des Schuljahres, ebenso wie die Lehrer und das Pflanzpersonal, der Provinzialtaubstummenanstalt in Posen zugewiesen werden. Jalousie des Eingehens der Anstalt in Kosten wird behauptet, „denn es in Posen insgesamt nur 15 taubstumme Kinder gibt, die nur etwa 150.000, aller taubstummen Kinder könnten vor einigen Jahren eine eigene Abteilung im Diakonissenhaus in Wollschagen eingerichtet werden, die über eine ausreichende Deckkraft verfügt.“

Besuch den deutschen Osten!

175 000 Zloty für das polnische Schulwesen in Deutschland.

Der Schulfonds für das polnische Schulwesen im Auslande, der von einem Komitee unter Vorbehalt des Senatsmarschalls Rakoczycki verwaltet wird, konnte in der diesjährigen Sammelperiode für die polnischen Auslandschulen eine Einnahme von 320 000 Zl. buchen. Dieser Resultat ist sehr erheblich größer als das Ergebnis der Sammlungen in den vorangegangenen Jahren. Die Mittel sollen für die Errichtung und Erhaltung neuer polnischer Schulen im Auslande verwendet werden. Im Jahre 1935 sind für das polnische Schulwesen in Deutschland rund 175 000 Zl. aus dem Schulfonds zur Verfügung gestellt worden. Wenn man die geringe Zahl der fast durchwegs sehr kleinen polnischen Schulen in Deutschland in Betracht zieht, ist das eine erhebliche Leistung, die nur verständlich ist, wenn man weiß, daß der Hauptteil dieser Summe für die Erhaltung des polnischen Gymnasiums in Weiden verwendet wird. Zur Herausgabe eines Faches über Polen für die polnischen Auslandschulen wurden 50 000 Zl. bewilligt.

Emigrantenblätter verboten.

Durch Verfügung des polnischen Innenministers wurde u. a. dem Emigrantenblatt „Der Gegenangriff“ in Prag sowie der „Deutschen Freiheit“ in Saarbrücken das Verbreitungsrecht in Polen entzogen.

Neuer Offpreußenfilm: „Stein, gib Vrot!“

Der Filmregisseur Wyssbar ist dabei, einen neuen Film „Stein, gib Vrot!“ herzustellen. Der Film wird nach einem Roman des offpreußischen Dichters Rakoczycki gedreht. Er soll nicht nur ein Film von offpreußischer Erde werden, sondern Wyssbar wird versuchen, den großen Ausfall eines nationalpolitischen Filmbroschures entgegenzusetzen. Oberpräsident Koch hat jede Hilfe für die Verfilmung zugesagt.

Polens Außenhandel im 1. Quartal 1934.

Die polnische Einfuhr im 1. Vierteljahr 1934 betrug sich auf rund 194,4 Mill. Zloty, die Ausfuhr auf 237,1 Mill. Zloty. So lag sich ein Aktioloado von 42,7 Mill. Zloty ergibt. Auf die wichtigsten Länder verteilt sich die polnische Aus- und Einfuhr im 1. Vierteljahr 1934 im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahres wie folgt (in Mill. Zloty):

	Ausfuhr	Einfuhr
Deutschland	143,4	193,5
England	42,9	38,0
Österreich	45,0	34,9
Ungarn	15,0	14,7
Schweiz	13,2	12,9
Frankreich	12,4	10,1
Belgien	12,6	11,6
Schweden	12,1	11,2
Frankreich	11,4	14,5
Dänemark	10,5	11,7
Italien	7,6	7,0
Vereinigten Staaten	9,1	31,2
Australien	0,1	0,1

Deutschland fand wie im vorigen Jahr, so auch in diesem Jahre in der polnischen Ausfuhr an erster Stelle. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist die Ausfuhr in größerem Umfange nur bei Deutschland und England gestiegen, und zwar bei Deutschland um 4,5 Mill. Zloty, bei England um 7,1 Mill. Zloty, sonst lag die Ausfuhr fast überall gleich geblieben, nur bei den Vereinigten Staaten und bei den Vereinigten Staaten. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten ist von 22,8 auf 31,2 Mill. Zloty gestiegen, der Aktioloado erhöhte sich von 2,9 auf 26,1 Mill. Zloty. Ein gleiches ist bei Australien festzustellen. Hier liegt die Einfuhr von 6 Mill. auf 14,5 Mill. Zloty (um 8,5 Mill. Zloty) und das Minus der Handelsbilanz Polens mit diesem Lande liegt von 5,8 auf 14,7 Mill. Zloty. Außer bei den jetzt angeführten beiden Ländern war Polens Handelsbilanz mit den Staaten, mit denen es in größerem Umfange einen Warenverkehr pflegt, noch passiv mit Frankreich. Die polnische Aktioloado war hier geringfügig (0,3 Mill. Zloty), ist sie bedeutend für den Stand der Handelsbeziehungen zwischen diesen beiden Staaten, der durch die Kontingentmaßnahmen Frankreichs hervorgerufen wurde. Bemerkenswert ist eine allgemeine Steigerung der Umsätze mit den überseeischen Ländern, mit denen der Handel Polens durchwegs passiv ist; doch steht einer steigenden Einfuhr auch eine steigende Ausfuhr gegenüber.

Die Bank Slomianki.

Der vor zwei Jahren gegründete Zentralbank der polnischen Volksguppe in Deutschland, der „Bank Slomianki“ wurde am 1. Juni ein Gutachten in der Reichsbank ausgestellt. Damit hat die polnische Bank den Charakter eines Volksbank erhalten. Diese Tatsache wird von der Reichsbank Presse als ein Erfolg der polnischen Volksguppe in Deutschland mit Genehmigung bezeichnet.

Verleihenbestimmungen für Reisen nach Danzig und ins Memelgebiet.

Bei Reisen nach Danzig ist die Mitnahme von 500 RM. monatlich erlaubt. Daraus dürfen 50 RM. in deutschem Hartgeld mitgenommen werden; für den Rest von 450 RM. stellen die deutschen Reisebüros und Banken einen Kreditbrief oder einen Reisecheck aus. Die Ausstellung der Checks muß im Paß vermerkt sein. Bei Reisen von mehr als einem Monat können wieder für den Betrag von 500 RM. Kreditbriefe oder Reisechecks nach Danzig nachgeliefert werden. Die 50 RM. Hartgeld können an der Grenze oder vorher in Danzig oder ausländische Noten umgewandelt werden. Anders liegen die Dinge bei Reisen ins Memelgebiet. Die monatliche Freigrenze beträgt hier 50 RM.; darüber hinaus können weitere 150 RM. in Reisechecks oder Kreditbriefen mitgenommen werden. Da nun aber die Einföhrung von Reisechecks und Reisekreditbriefen in den memelischen Bädern in Ermangelung geeigneter Einföhrungsbefugnisse schwierig ist, besteht, daß die Reisenden für Reisekreditbriefe nach diesen Bädern schon an Stelle der Reisechecks und Reisekreditbriefe eine Batreise bis zu 150 RM. (zusätzlich Freigrenze) in jedem Kalendermonat in inländischen Scheidemünzen (Silber-, Nickel- und Kupfermünzen) über die Grenze mitführen dürfen. Die mitgenommenen Beträge müssen jedoch von der polnischen deutschen Grenzpolizei im Paß des Reisenden vermerkt werden. Die Mitnahme von Reisecheckmarkten ist auch für Reisen nach dem Memelgebiet nicht zugelassen.

Polnische Kritik am Fall Pleß.

Zum Fall Pleß veröffentlichte der Abgeordnete des Regierungsklozes Mackiewicz im „Słowo“ einen Artikel, der erkennen läßt, daß man in manchen polnischen Kreisen die Verantwortung des Prinzen zu einer dreiwöchigen Haftstrafe sowie die Beschlagnahme seines Privatvermögens und seines Betriebskapitals als eine höchst unangenehme und für Polen geradezu beschämende Angelegenheit empfindet. Mackiewicz schreibt u. a.: „Prinz Pleß wurde bestraft, weil er in seinen Unternehmungen einen Ausländer Arbeit gab. Was war für einen Ausländer? Einem Regierungskloze, einem Deutschen Reich? Einem Mann aus Andorra? Nein, — einem Danziger, einem Bürger der Stadt Danzig. Da haben nun jahrelang die Deutschen verkündet, daß Danzig ein eigener Staat sei, ein Freistaat Danzig, und wir Polen haben im Gegenzug dazu immer wieder erklärt, das sei nicht richtig, Danzig sei in Wirklichkeit kaum eine freie Stadt, und ihre Bürger stünden unter polnischem diplomatischem und Konsularschutz. Das scheint mir ein hübscher Schach zu sein, wenn man für die Beschäftigung von Arbeit ins Gefängnis kommt! Die Behandlung eines Danziger Bürgers als Ausländer widerspricht grundlegend der politischen Ziele Polens, die mir stets aus neuer und jedem internationalen Forum vertreten haben und heute noch vertreten.“

„Auch noch ein Erziehung: Der Prinz Pleß zahlte keine Abgaben. Daraus wurden ihm fünf Auerachen gezahlt, das Stück in einem Werte von 5000 Zloty. Die Tiere werden nach Bialowiez geschafft. Das ist mehr als beschämend. Ich muß daran erinnern, daß — wenn mir überhaupt noch Auerachen in Bialowiez haben — wir das liebste Pleß und seinen Besitzern danken, die diese Tiere von völliger Vernichtung befreit haben, während die Auerachen von Bialowiez von der örtlichen Vandalenverheerung bis auf das letzte Tier erschlagen wurden. Man muß vielleicht deutlich unterscheiden: Die Beziehungen zum Deutschen Reich und das Verhältnis zu unseren Mitbürgern deutscher Herkunft. Ich muß bekennen, daß ich — wie ich für freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland gekämpft habe — nun auch der Meinung bin, daß der polnische Staat sich darum bemühen muß, die deutsche Minderheit in Polen zu gewinnen. Die Minderheitspolitik muß unbedingt gefördert, nicht, jenen Beschlagnahme, wo das mit großen Schäden und kostspieligen Erneuerungsarbeiten zu rechnen sei würde. Unter der Arbeiterhaft, deren Lohn- und sonstigen Ansprüche nicht mehr befriedigt werden könnten, würde Rot und Unzufriedenheit entstehen, wenn die Beschlagnahmen nicht sofort rückgängig gemacht würden.“

Baltische Außenminister und Journalisten auf Reisen.

Die Ende Mai erfolgte Warschauer Besuchsreise des baltischen Außenministers Seljasmaa hat in der osteuropäischen Zeitungswelt zahlreiche Fieber in Bewegung gesetzt. Presseveränderungen wurden veröffentlicht, Journalistenempfehlungen fanden statt, kurz alle Reaktionen einer neuzeitlichen diplomatischen Haupt- und Staatsaktion waren zur Stelle. Nichts war verümt, um die Fahrt des estländischen Ministers zu einem Ereignis zu stempeln. Besonders wird bemerkt und in der Presse kommentiert wurde der betont herzliche und ehrenvolle Empfang, der Minister Seljasmaa, von Seljasmaa und dem estländischen Vizeaußenminister Partei in Warschau wurde. Während der Vertreter des verbundenen Frankreich, Dubouff durch den Chef des Bureaus in polnischen Außenministerium begrüßt wurde, war zum Empfang der estländischen Gäste auf dem Flughafen Okienka Außenminister Piek persönlich in Begleitung seiner Gemahlin erschienen. Seljasmaa hat sich zwei Tage in Warschau aufgehalten und ist zum Marschall Piłsudski im Weiszen des Obersten Beck in einer einfindigen Audienz empfangen worden. Die amtliche Verlautbarung über die Ergebnisse der Warschauer Unterhaltung hält sich im Rahmen der üblichen diplomatischen Nebenworte, und schließt überaus auffällig das Wort „Freundschaft“ zwischen den beiden Staaten ein. Was den Seljasmaa, so heißt es darin weiter, seien alle schwebenden politischen Tagesfragen berührt worden, wobei namentlich die Fragen der osteuropäischen Politik erwähnt werden. In allen diesen Dingen, so auch insbesondere in der Beurteilung der internationalen Lage in Osteuropa, seien sich die beiden Regierungen völlig einig. Nach Hause zurückgekehrt, hat Minister Seljasmaa sich vor estländischen Pressevertretern über die Einträge seiner Warschauer Reise geäußert. Er warte, so sagt der estländische Minister, der polnischen Einladung gern gefolgt, zumal es ihn besonders interessieren mußte, den neuen polnischen Staatsmann persönlich kennenzulernen, der in so kurzer Frist die Beziehungen „Polens zu zwei mächtigen Nachbarstaaten aus gefährdenden Verwicklungen gelöst hätte. Seljasmaa betonte weiter, daß er in der polnischen Hauptstadt auf festes Verständnis für die Selbständigkeit der baltischen Staaten gestoßen wäre und vor allem auf große, aufrichtige Anteilnahme an den Geschicken Estlands. Er habe die überaus feine, sehr höfliche, sehr geschickte, die polnische Freundschaft für Estland wirklich loyal und von Herzen kommende sei. Zwischen beiden Völkern und ihren Regierungen fände keine einzige offene oder gar frivole Frage.

Es ist nicht ganz leicht, aus dieser diplomatischen Hülle den Kern herauszufischen. Wesentlich erleichtert wird diese Aufgabe durch den Chorus der polnischen Pressestimmen, die die Reise Seljasmaas in etwas schänternden Tonor der Herrn Seljasmaa singt. Wie kommt der untergeleitete Text klar zu Gehör. Im Mittelpunkt der polnisch-estländischen Unterhaltung hat danach die von Väitonen in letzter Zeit so auffällig in den Vordergrund gerückte Idee eines baltischen Dreimächtebunds gestanden. Die polnische Einladung an den estländischen Außenminister ist somit erfolgt, weil man in Warschau mit Recht voraussetzen konnte, daß Estland für den polnischen Standpunkt in dieser Frage das meiste Verständnis zeigen würde. Die Warschauer Presse gibt Seljasmaa ganz unermüdet den Rat mit auf den Weg, sein Land von der Beteiligung am baltischen Block fernzuhalten, solange die Polen und Väitonen trennende Wätsfrage nicht so oder anders beseitigt ist. Daß Seljasmaa durchaus bereit ist, diesen fremdenpolitischen Ratschlag zu beherzigen, davon zeugte die Unterredung, die er in Warschau einem Mitarbeiter des „Esa“ gewährt hat, eines Blattes, das bekanntlich polnischen Regierungskreisen nahesteht. Seljasmaa sagt hier, Estland sei genug bereit dazu zu haben, mit Väitonen den Gedanken des Dreimächtebunds zu diskutieren, allein solche Verhandlungen dürften sich in keinem Fall gegen dritte Staaten richten. Versagen „Polen, der „Esa“ keine andere Aufgabe und Verantwortung zu übertragen. Der baltische Block hat, den baltischen Dingen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, denn es seien hier lebenswichtige Belange des polnischen Staates im Spiel. Ein herliches Verhältnis zwischen Polen und Estland könne dem Frieden im europäischen Osten nur zu Nutzen sein. Eine Aufnahme Väitones aber in das bereits bestehende lettisch-estländische Bündnis würde nach Auffassung maßgebender Warschauer Stellen eine sofortige Abkühlung der polnisch-estländischen Freundschaft zur Folge haben, solange die Wätsfrage im Verkehr und Rat der beiden Völker nicht gelöst ist. Der baltische Block „Gajeta Polska“ scheint eine jede „Polen nicht zugehörige Entwicklung der Dinge ausgeschlossen zu sein, sobald Estland mit am Tisch sitzt. „In Ausföhrungen, die auf einen sehr herzlichen Ton abgemildert sind, nennt sie das polnisch-estländische Verhältnis ein auf vöelles gegenseitiges Verständnis gegründete Freundschaft. „Das jedoch nichts, alles ein uns.“

Ungeachtet dieser übereinstimmenden dürfte die Annahme erlaubt sein, daß die Tüpperei eines baltischen Blocks in Kiew künftig taube Ohren finden werden. Die Heimreise führte Minister Seljasmaa von Riga, wo er Gelegenheit nahm, den lettisch-estländischen Regierungschef und Außenminister Sander zu besuchen und über die Ergebnisse seines Warschauer Aufenthalts zu unterrichten und nach der veränderten Lage des baltischen Bündnisses zu erörtern. Ob und wie weit es Herrn Seljasmaa dabei gelungen sein mag, jene lettisch-est-

lischen Frage für den estländischen Standpunkt in der baltischen Dreimächteblock zu erwärmen, und die nächste Zukunft lehren. Estlands Stellung im europäischen Bündnis. Es besteht ein überaus hohes Mal geriet, daß auf dem Revaler Dine eine gegen Polen gerichtete „Politik nicht gemacht wird. Einmal vor die Entscheidung gestellt, war für Estland die Wohl wissen polnische Gunst und baltischer Blockpolitik nicht schwer.

Wie wenig durchsichtig ist die Einstellung Lettlands zu diesem Grenzkomplex. Die polnisch-lettisch-estländischen Beziehungen haben von jeher durch das Vorhandensein einer erheblichen polnischen Volksgruppe in Lettland eine Belastung erfahren. Die Lettlandpolen haben immerhin bei einer Gesamtbevölkerung von 1,6 Millionen nur 500.000 Köpfe, und man hat in Polen immer wieder geglaubt, Grund zur Verärgerung gegen Lettland wegen der Behandlung dieser polnischen Volksgruppe zu haben. An fortwährenden Sticheleien von hüben und drüben hat es nie gefehlt, insbesondere auch, weil Warschau an dem hin und wieder in Riga zutage tretenden Verdröbnis für die litauischen Zuläufe auf Wilna Anstoß nahm. Im Gegenlatz zu Kiew ist in Riga in diesem Frühjahr eine Einladung nach Warschau nicht abgelehnt worden. Es hat aber noch begreiflich, wie nach Riga aus betrachtet, manche Dinge anders aussahen, die durch die Revaler Brille. Der außenpolitische Teil der Erklärung, um welche nach Aufstufung der autoritären Regierungsgewalt an das lettische Volk gerichtet hat, kann unter Umständen so ausgelegt werden, daß die lettisch-estländische Regierung die baltische Blockpolitik zum Angelpunkt ihrer Bestrebungen machen will, läßt aber auch jede andere Deutung ohne weiteres zu. Es ist sicher kein Zufall, wenn im heutigen Lettland, das eine schrankenlose Pressefreiheit im Sinne des früheren demokratischen Regimes nicht mehr kennt, ein ansehender Presseorgan seine Stimme gegen eine außenpolitische Orientierung nach Ost- und Frankreich erhebt. Es ist das die Rigaer Zeitung „Dziwis“, der die Unterlegung an Frankreich deshalb besonders reizvoll dünkt, weil damit einerseits ein Gegengewicht gegen den immer stärker werdenden Einfluß des neuen Deutschland auf die Dinge im Osten geschaffen und gleichzeitig die sowjetrussische Gefahr bekannt würde, da in Moskau heute ein Bundesgenosse Frankreichs geworden sei. Scarschigkeitspolitik in Lettland in sich selbst bezeugt, daß die baltischen Dreimächteblock in Anlehnung an das sich abzeichnende Militärbündnis Frankreich-Rußland und damit den Gegenlatz einmal zu Polen und dann aber auch zum Deutschen Reich. Die Politik des heute in Riga allein maßgebenden Bauernbundes ist es dagegen stets gewesen, auf Deutschland als Großnachbarn der landwirtschaftlichen Erzeugnisse des agrarischen Lettland Rücksicht zu nehmen. Im jüngsten Presseinterview, das Außenminister Väitonen einem Mitarbeiter des Krakauer „Kulturpost“ gewährt hat, heißt es, daß der Gedanke des baltischen Dreimächtebunds nicht so alt sei. Das ist wohl dahin zu verstehen, daß weiterhin engste Beziehungen mit beiden baltischen Nachbarstaaten Estland und Väitonen geknüpft werden soll, eine Option für eine einzelne Grenzmacht oder eine Kombination von solchen aber weiterhin zu vermeiden ist. Bei der rein auf das im gegebenen Augenblick für sein Land Ausmerzbare gerichtet und allen gefühlsmäßigem und ideologischen Bindungen abholden Einstellung des Regierungschefs in außenpolitische Überlegungen, daß letztere aus geschlossen. Seine Karten hat Lettland noch nicht aufgedeckt.

Der Dritte im Bunde, der wohl nie zulande kommen wird, Väitonen, scheint nicht gelassen, icht schon die Sinte ins Korn zu werfen. Mit einer Hartnäckigkeit, die litauische Politik unüberführbaren Aufgaben gegenüber auszuweichen pflegt, wird der Versuch gemacht, das ins Stöcken geratene Selbstbild der baltischen Block wieder in Fluß zu bringen. Die litauische Regierung hat durch ihre in Riga und in Kiew beglaubigten diplomatischen Vertreter Lettland und Estland gleichzeitige Raten überreichen lassen. Väitonen erklärt sich bereit, die in diesen Verhandlungen mit den beiden anderen baltischen Staaten über die Bedingungen eines baltischen Dreimächtebunds aufzunehmen. Die lettisch-estländische Regierung werden aufgefordert, zu diesem Zweck je einen Vertreter aus Kiew zu entsenden, wo die Verhandlungen stattfinden sollen. Da der litauische Außenminister Januiss zur Zeit in Genuß weilt, um sich an der Tagung der Liga der Nationen zu beteiligen, so dürften die Raten und Bestimmungen nicht vor dem 8. Juni ihren Anfang nehmen. Die Ausföhrung dieser baltischen Zusammenkunft in Kiew hat Väitonen können nach dem Vorbergehenen kaum sehr hoch bewertet werden.

Die Reise des Herrn Barthou nach Warschau, auf dessen Spuren dann Herr Seljasmaa seinen Einzug in die polnische Metropole gehalten hat, bildete nur den Auftakt zu einem heißen Anstieg der diplomatischen Reiskurve im europäischen Osten. Mitte Juni wird sowohl in Riga als auch in Kiew der lang erwarrete Besuch des schwedischen Außenministers Sandler stattfinden. Ende Juni wird der finnische Staatspräsident Souhmanin in amtlicher Eigenschaft in Kiew eintriften. Die polnische Presse hat im Anfang Juli den Erwähnung des polnischen Außenministers Piek in Kiew. Ferner dürfte demnächst der lettisch-estländische Regierungschef

und Außenminister Umanis gleichfalls in Koral eintreffen. Endlich verlautet, daß auch der räterussische Außenkommissar Litvinow zu Jankelstein (ober Wallach, wie er anderenfalls eigentlich heißen sollte) nicht verbleiben und meistens auf der Heimreise aus Ost in Koral Station machen wird. Wie man sieht, scheint besonders Koral das begehrte Reiseziel dieser reichlich belebten Saison zu bilden. Für Riga würde das Wort Spokojnikunja als Überbreitung abzuheilen sein, während der Kauerer Spießbürger heuer ganz darauf verzichten muß, seiner Schaulust durch Münzferien jenseit zu fröhnen.

Neben dem enigen und gerauschvollen Reisebetrieb vornehmlicher Eigenschaft erstreckt sich eine weniger aufsehenerregende, aber nicht minder wichtige und erst zu nehmende Reiseaktivität, die mehr und mehr zu einer häufigen Erscheinung des zwischenrussischen Lebens wird. Es sind das die Besichtigungsreisen von Journalistenabordnungen, die als höchst mirkbares Mittel unmittelbarer Fühlungnahme von Volk zu Volk immer häufiger in Aufnahme kommen. Nach der Fahrt lettlandischer und estländischer „Reisekreuze“ im Sowjetparadies wird nunmehr ein Gegenbesuch räterussischer Journalisten in Estland zu erwarten sein, wobei, wie verläutet, die Besichtigungsabordnung unter der Führung des auch aus Deutschen nicht unbekannten Radek-Sobolewski leben wird. Besondere Interesse hört man nichts von einer ebenfälligen Besichtigungsfahrt nach Lettland. Hat doch die Aufstufung der autoritären Staatsführung in Lettland in der „Jomelija“ und der „Pranda“ eine mehr Schimpfkanonade ausgelöst, während der gleiche Vorgang in Estland ganz wesentlich günstiger beurteilt wurde. Estland seinerseits erwartet anfänglich eines nationalen Sportfestes Mitte Juni den Besuch deutscher, polnischer, schwedischer, finnlandischer, lettlandischer und litauischer Pressevertreter in Koral. Allerdings: ein solcher volkerverbindendes Journalistenfahrten nur dann erfüllt, wenn

die Presse ihrer Pflicht, dem Völkerrücken durch objektive und wahre Berichterstattung zu dienen, stets bewußt bleibt. Sie darf nicht davon jurkulaufen, der Öffentlichkeit des eigenen Landes das einmal als wahr Erkannte vorzubringen, auch wenn diese Wahrheit ungern vernommen wird.

In diesem Zusammenhang darf die lettlandische Journalistenfahrt nach Deutschland nicht unerwähnt bleiben, die in diesen Tagen zum Abflug gelangt ist. Bekannt durch die Tagespresse wird die Reise, die zwischen Deutschen und Letten hierbei gewissermaßen nicht weniger, sondern bekannt die Aufregung, in denen der Führer der lettlandischen Abordnung und Professor im lettlandischen Außenministerium Sessik ein Mitarbeiter des „Bölkischen Beobachters“ gegenüber seine Zuhörereindrücke zusammenfaßte. Die Ausführungen des Herrn Sessik begannen, um es kurz zu wiederholen, mit der Feststellung, er hätte Deutschland als Land der Arbeit und des Friedens kennengelernt, und mündeten in der Versicherung, die lettlandischen Journalisten würden nunmehr in ihrer Heimat auf die wahren Zustände in Deutschland eingehend hinweisen. Die deutschen Eindrücke des Herrn Sessik scheinen indessen auf der Heimreise stark an Frische und Unmittelbarkeit verloren zu haben, und die guten Wünsche haben nicht bis Riga vorgehalten. Kaum in Riga angekommen, hat Herr Sessik es für gut befunden, seine Urberichterstattung an der im „Bölkischen Beobachter“ veröffentlichten Unterredung abzulegen, indem er durch die zu seinem Reffort gehörende Lettlandische Telegraphenagentur erklären ließ, er hätte in Deutschland dem „Bölkischen Beobachter“ kein Interview gegeben. Viele erhellende Gesichtspunkte, die das lettlandische Professorentum als außerordentlich zu bezaubern, sowohl im persönlichen Interesse des Herrn Sessik, als auch des Landes, das er in Deutschland vertreten hat.

Klerikale Reaktion in Österreich.

In Österreich steht die ganze berufständische Gliederung vorläufig auf dem Papier. Das Regime über Kommissare aus, die die Staatsbeden einseitig sind, über den Staat die kirchliche Autorität der Kirche zur Seite. Es ist leicht vorauszuhaben, daß bei Durchführung der Verfassung die Kirche einen viel größeren Einfluss ausüben wird, als es nach dem Wortlaut der Bestimmungen auf den ersten Blick hin scheinen mag. Danach besteht der künftige österreichische Gemeinbedarf „in Ortsgemeinden, in denen die Gliederung der Bevölkerung es zulaßt, aus Vertretern von gesetzlich anerkannten Kirchen- und Religionsgemeinschaften, des wissenschaftlichen und künstlerischen Berufsstandes, der Wirtschaft und Kunst sowie aus Vertretern der Berufsstände in der Gemeinde“. Die Vantage sind in gleicher Weise zusammengefaßt. Das jahnenmäßige Verhältnis der einzelnen Gruppen wird erst nach Durchführung des Gesetzes zu ermitteln sein. Von der Kirche beherzigt Staatswesen werden über kurz oder lang auch die Vertreter des Schulwesens und der Wissenschaft im wesentlichen Vertreter der Intelligenz der römischen Kirche sein. Daneben gibt es auch noch einen kirchlichen politischen Überbau. Nicht einmal die „Bölkische Zeitung“, die in der Rang einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erhoben worden ist, hat den Vorschlag, offiziell in der Verfassung verankert zu sein. Man kann daher schon jetzt sagen, wenn es von der antischristlichen Wendung zur Wiedergeburtstheokratischer Formen“ durch den politischen Katholizismus in Österreich spricht.

Damit ist die Kampffront gegen das Deutsche Reich aufgestellt. In dem offiziellen Pariser „Camp“ freit Wolodimir Ormelson die „Rettung“ Österreichs durch die katholische Idee: „Das neue österreichische Regime entspricht genau dem gegenwärtigen Staatsaufbau des Heiligen Stuhles. Dieser ist überaus reich an Autorität, der Autorität des Papstes, der Autorität der Bischöfe, der Autorität des Klerus, der Autorität der Laien, der Autorität des Volkes. Leben möglichst starke Disziplin zu führen; aber es stützt, daß diese Autorität in einem autoritären Sinne ausgeübt wird und der Staat in seiner Tendenz zur Vergottung noch fortbesteht. Die neue österreichische Verfassung, welche von den loyalen Grundgesetzen des Doppelstaates diktiert ist, verkörpert genau das gemeinsame Gleichgewicht zwischen dem Prinzip der Autorität und den christlichen Grundgesetzen.“

Von einem Gleichgewicht kann nur noch äußerlich die Rede sein. Im Zusammenhang mit dem Konkordat des Jahres in Juni 1933 abgeschlossen, das erst am 1. Mai 1934 ratifiziert wurde, bietet Österreich in seiner neuen Verfassung das Beispiel für eine neue Art des „Kirchenstaates“, die vielleicht noch anderen europäischen Ländern jagebacht ist. Scheinbar hält sich auch das österreichische Konkordat an den üblichen Rahmen. Aber wenn der Staatswille steht, der dem kirchlichen eine Grenze setzt, so ist von vornherein für eine ganz andere Auslegung der Konkordatsbestimmungen in Österreich angedacht. Der Vorschlag, der gerade bei katholischen Ländern hat der Vatikan in der politisch militärischen Frage der Ernennung der hohen kirchlichen Würdenträger sonst Zugeständnisse gemacht. An dem politischen Konkordat z. B., dessen Abfassung Pius XI. als früherer Ratius in Warschau belovender Aufmerksamkeit gewidmet hat, ist ausdrücklich festgelegt, daß die Ernennung von Bischöfen nur im Einverständnis mit dem Präsidenten des republikanischen Regimes erfolgen muß. Die Bischöfe, die sogar bei ihrem Amtsantritt dem Präsidenten einen Treueid leisten, überhaupt können in den Pfarrämtern in Polen keine vom Schaben des Staates wirkenden Personen zugelassen werden. Das österreichische

Konkordat bringt zwar in reichem Maße etwaigen Gefahren für die Kirche vor, nicht aber solchen für den Staat. Das mächtige kirchliche Einflußverhältnis bei der Auswahl der Erzbischöfe und Bischöfe wird nur noch rein formal gewahrt; denn das Konkordatprotokoll liegt fest, daß, falls bei einem kirchlichen Einpruch eine Einigung nicht zustandekommen, der Heilige Stuhl in der Durchführung der Bestellung trotzdem frei ist. Im Gegensatz dazu darf die Ernennung oder Zuzulassung von Professoren an den vom Staate erhaltenen katholisch-theologischen Fakultäten nur mit Zustimmung der kirchlichen Behörden erfolgen.

Besonders merkwürdig sind die Befugnisse der römischen Kirche auf dem Gebiet der österreichischen Schule. Der Kirche kommt nicht nur die Leitung und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichts zu. Nach dem Konkordat soll auch ein rein kirchliches Schulwesen gefördert werden, indem Orden und Kongregationen das Recht erhalten, eigene Schulen zu errichten zu können, denen der Staat den Charakter öffentlichen Lehranstalt verleiht und angemessene öffentliche Zuschüsse gewährt. Außerdem steht der Kirche das Recht zu, Mitsprache in religionspolitischen Fragen der katholischen Schüler wie auch deren nachteilige oder unangehörige Veranlassung in der Schule, insbesondere etwaige Verletzungen ihrer Glaubensüberzeugung oder religiösen Empfindungen im Unterricht zu beanstanden. Das ermöglicht jederzeit eine kirchliche Kontrolle des gesamten Unterrichtswesens, zumal man sicher sein darf, daß diese Bestimmung die meiste und nicht die engste Auslegung erhalten wird.

Im Grunde sind die Legitimationen eifrig an der Arbeit, der Verfassung von Gottes Gnade die Krone im modernen Sinne des Wortes aufzusetzen. Bereits hat man den großen Ritterorden Eugen, den Feldmarschall und Hofmeister des Deutschen Kaiserthums, aus der Schweiz nach Wien angefordert. Es geht das Gerücht, daß er zum Rathfolger des letzten Bundespräsidenten, Miklas auszuweisen sein und dabei nach angestrebtem Verbleib die Stellung eines Reichsrats (Kammerpräsident) bekleiden wird. Der legitime Chroniker erhalten soll. Ein solcher Wahlakt, der nach den Bestimmungen der neuen Verfassung mindestens im Wiener Ständekongress erfolgt, dürfte der Zustimmung des Vatikans gewiß sein.

Haben die klagen päpstlichen Unterhändler nicht vielleicht einen grundsätzlichen Fehler begangen, als sie forciert von dem nahmen, was sich ihnen in einer für das österreichische Volk unglücklichen Stunde bot? Der Satz des Kirchenhistorikers, der in Wien in der „Katholischen“ veröffentlicht auf die Dauer keinen Erfolg, auch wenn in einem Lande wie Spanien sich in nächster Zeit ähnliche Ausgüsse für den Vatikan ergeben. Das reaktionäre Regime, das die fehlende Zustimmung im eigenen Lande durch einen beapopteten Willen Gottes ersetzen will, besitzt keine Werderkraft bei den nördlichen und östlichen Völkern. Ein politischer Katholizismus, der auf einer inneren Schwächung des Staates beruht, führt, nicht eines Tages auf Widerstand, nur bei dem deutschen Volke allein. Wir werden uns die Zeit nehmen, auch in diesem Lande die Zukunft für uns arbeiten zu lassen. (Presseblatt Ost.)

Besuch den deutschen Osten!

Donau und Ostsee.

Auf der Reichstagung der Nordischen Gesellschaft in Cuxab sprach Reichsleiter Alfred Rosenberg über die „regionalistische“ Veranlagung des europäischen Raumes, indem er Donau und Ostsee als die beiden „die Völker und Staaten Mittel-, Ost- und Nordeuropas einenden Kräfte darstellte; Alfred Rosenberg führte hierzu u. a. aus:

„... Das Europäertum der letzten fünfzig Jahre war keine aus dem organischen Leben der Völker emporgewachsene Lebensform, sondern nur eine blassle Theorie. Gleich wie man in Wien angeblich bemüht ist, einen „österreichischen Menschen“ in einer „staatsrechtlichen“ Retorte herauszubehülsen, so waren die angeblich geistigen Lebensform und volksförmlich; sie waren unfähig, dem Begriff eines Europäischen wirklich Gehalt und Selbst zu geben...

Wir leben, doch Stämme und Meere innerhalb Europas naturgegebene Lebensinteressen jener Völker formen, die an diesen großen Strömen und Meeren wohnen. Und über alle noch so heil unheimlichen Kräfte unserer Zeit hinweg sind wir der Überzeugung, daß ein hartes Schicksal alle diese Völker einmal zwingen wird, sich dieser Schicksalsräume bewußt zu werden und sowohl ihre Politik wie ihre Wirtschaftsstruktur und schließlich auch ihre kulturelle Haltung diesen Schicksalsträngen anzupassen. Einer dieser heil unheimlichen Räume ist der Donauraum. An dem von großer Vergangenheit erfüllten Donauraum wohnen viele Völker. Er fließt durch viele Staaten und verbindet weitestgehende Gebiete mit dem Meere. Er trägt auf seinen Ufern die Waren verschiedener Nationen. Er vermittelt den Kulturaustausch. Er bindet die politischen Handlungen vieler Völker. Es ist deshalb eine europäische Aufgabe, diesen Schicksalsraum und seinen Raum in seinen inneren Beziehungen zu erfassen und von da aus die Befriedigung eines wichtigen Teiles der Staatsprobleme zu erreichen. Die Größe eines Staatsraumes innerhalb dieses Gesamt-Donauraumes wird einmals daran gemessen werden, in welcher Form er sein Volk bemüht in diese große Gemeinschaft einzugliedern hat. Denn nur aus dieser Eingliederung wird auch das Wohl dieses Landes sich ergeben können. Die Befriedigung des riesigen Donauraumes aber ist bereits ein Stück befriedetes Europa.

Haus- und Hofmarken oder Wappen für unsere Erbhöfe?

Eines der einschneidendsten und wichtigsten Gesetze der nationalsozialistischen Revolution ist das Reichserbhofgesetz vom 29. Juli 1933. Mit diesem Gesetz will die Reichsregierung unter der Führung Adolf Hitlers das Bauerntum unter Sicherung alter deutscher Errichte als Stammbaum des deutschen Volkes erhalten und eine gründliche Verankerung der Erbgrößen in unserer deutschen Völkermasse sicherstellen. Das Gesetz ordnet dem Bauer königliche Rechte, fordert von ihm aber auch königliche Pflichten. Sogar wie der Boden jetzt nicht mehr Hausmarken ist, so soll der Bauer, als der Erbhofbesitzer des deutschen Bodens, für das Volk die arbeitsame Sitten und das bäuerliche Brautum pflegen. Der Bauer hat „erbhof“ zu sein.

Streich müssen wir mit Trauer feststellen, daß auch der bäuerliche Mensch in der Vergangenheit sich häufig nur als Knecht in liberalistischen Denksatz und Handeln hineinbringen ließ und nachahmte, was ihm der Liberalismus vorlegte und ihm an Mode und Kultur brachte. Manches alte Bauernhaus, manches ererbte Hausgerät wurde der Mode geopfert. Man verzog oder mißachtete gar die alten Sitten, die Sprache, die Erbsen der Altvordern, und nicht selten kam es so weit, daß der Bauer anfing, sich seines Berufes zu schämen.

Und doch haben wir, seitdem auch das deutsche Bauerntum so schnell und so durchdringend von der Bedenklichkeit unseres Führers durchdrungen ist, und das deutsche Bauerntum wieder in der Vorbewußtheit anfängt, die Hoffnung und den Glauben an die Schöpferkraft deutschen Bauernums! Wir wissen, daß es nur das Ansehen und der Pflege bedarf, um alles bäuerliche Brautum wieder aufleben zu lassen. Alles, was noch an Volksbrauch, an Sitten im deutschen Bauerntum lebt, soll wieder neu belebt werden. Alle Bräuche, sofern sie einfließen sind, müssen sich wieder natürlich entwickeln, wobei nur die Gefährdung ist, die mit der Wiederbelebung des Bauernums „Gefährdung“ machen wollen. Die Warnung vor den neuen Wappenfabriken, wie sie neuerdings in den genealogischen Zeitschriften zu finden sind, legen genug und zeigen die Gefahren der „Gefährdung“.

Die Zeichen innerlicher Befähigung und auch, um sich von dem Raub der unterworfenen und sich angestaltig als Eigentümer zu zeigen, „zeichnen“ unsere Vorfahren ihre Möbel, Betten, Schränke und Truben, das Geschir von Sinn und als Verleihen. Die „Zeichen“ wurden in die Schranken des Lebens gemeint, um allen Akteuren und Vorgesetzten angedacht und in das Leben gemeint, die Schale und Kinder, die auf die gemeinsame Welt gebracht werden, erhielten mit dem Brenntempel die „Marke“. Das Silbergerät, das Gerat zur Verteidigung der Viehe, um die in der Eile durcheinandergeworfenen Sachen wieder auseinander zu finden, wurde ebenso wie die stehenden Bäume oder das schon gefällte Holz mit Eigentumszeichen versehen; auch Erzeuger- und Ueberbringer- und Buttermark und Kofe waren weit verbreitet. Diese

ohne daß diese Tat eingewandt wäre von einer abstrakten Theorie über das Wesen des Europäertums.

Und ähnlich wie denen des Donangebietes geht es heute den Völkern des Ostseeraums. Alle Staaten treiben ihre ihren Handlungen, sich an seinen Ufern entwickeln und über die Ostsee hinweg kriegen sich kulturelle, politische und wirtschaftliche Beziehungen. Die Ostsee war einmal ein Zentrum europäischer Weltpolitik. Einst tritten an sie die Wikinger. Einst fuhren auf ihr die Hanseketten, Simbül einer neu aufsteigenden Macht. Einst schmärmten schwedische Eroberer über sie hinweg zum europäischen Festland. Innerhalb des europäischen Ganzen liegen organisch um die Ostsee und durch sie verbunden alle ihre Staaten. Diese ist nimmer die Aufgabe gestellt, die Möglichkeiten im Ostseeraum auszunutzen durch unmittelbare Handelsbeziehungen, durch alle Mittel, die das kulturelle und nationale Verhältnis allseitig erfüllen. Die Aufgabe, in einheitlicher Form alles zu prüfen, was im wirklichen Lebensinteresse eines jeden Volkes liegt und dementsprechend organisch die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der Spätern zu finden, nicht im Sinne einer milden, hemmungslosen Konkurrenz und des Kampfes aller gegen alle, wie es das Prinzip des 19. Jahrhunderts war, sondern eben in dem aus dem neuen Nationalismus geborenen allseitigen Gerechtigkeitsbegriffen. Das heißt, aus der tiefen Erkenntnis, daß Europa und dem Ostseeraum nicht gebildet wird, wenn es eine einzige Macht gibt und damit den anderen schließt ab, sondern daß, wenn ein organisch gebildetes Lebensgefüge allen das Lebensnotwendige gibt, auch die seelischen Voraussetzungen vorhanden sein werden für ein weltbildendes, kulturelles und politisches Zusammenwirken.

Das heutige Deutschland fühlt sich innerlich groß genug, um das oft ausgesprochen, ohne sogenannte „Prellgrößenfäden“ dabei walzen zu lassen. Wir haben daher alten, kleinteiligen Kabinettsskizzen entlastet in der Überzeugung, daß alle Völker diese Fragen einmal ähnlich vorurteilslos und ohne jede Befürchtung behandeln und schließlich lösen werden. Wir glauben, daß über den verschiedenen Regierungssystemen und innerpolitischen Prinzipien die große Schicksalsgemeinschaft Skandinaviens und der Ostseepolitik steht.“

Jegenaunte Haus- oder Hofmarken, in ihrer eckigen Form in großer Ähnlichkeit mit den altgermanischen Runen, sind auch heute allenthalben noch in Deutschland vorhanden, wenn jenseit auch in Verrücktheit geraten. Der Anlaß, die Grenzlinie zu „markieren“ und das Weiderecht zu brennen, ist nach der Beilegung der Wälder und nach der Zusammenlegung der Grundstücke stark zurückgetreten. Diese alten bäuerlichen Bräute, Hof- und Hausmarken zu setzen, und zu einer Art Wappengliederung auszubauen, gilt es wieder neu zu beleben, und zwar in der Form, daß die Hofmarken ebenso wie ehemals nicht Eigentum der Familie, sondern des Erbhofes wird. Die Zeichen bleiben also auch, wenn die Höfe ihren Besitzer wechseln.

Bei der Annahme eines Wappens, das im Gegensatz zur Haus- und Hofmarken, an dem Boden haften, von der Familie erworben wird, muß unbedingt die amtliche Beratung einbezogen. Denn bei der großen Anzahl der Ansätze — man rechnet mit mehr als 100000 Erbhöfen — ist es unendlich schwer, einfache, künstlich befriedigende Wappenbilder in so großer Anzahl zu finden ohne sich zu wiederholen. Die bäuerlichen Hofmarken haben den Vorzug, daß sie in die Überlieferung alten und ererbten Bauernums anknüpfen und auch in den verschiedensten Teilen des Vaterlandes noch bekannt sind. Die Hofmarken in ihrer einfachen geometrischen Form kann auch leicht von jedem Bauern nachgezeichnet werden. Es ist auch verhältnismäßig nicht so schwer, bei diesen geometrischen Formen zahllose Variationen zu finden.

Regierungsdirktor Dr. Frhr. von Cornberg, Schneidemühl.

Ukrainisches Wissenschaftliches Institut in Berlin.

Im Sommersemester haben in den Räumen des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin, ähnlich wie im Wintersemester 1933/34, allgemein inausgliche, gebührende Kurse aus dem Gebiete der Ukrainekunde statt. Es seien:

Prof. Dr. B. Krupnycky: Politische Geschichte der Ukraine (16.—18. Jahrhundert), Mittwochs, 19.—20.

Prof. Dr. S. Ruzicka: Das ukrainische Volkstum (materielle Kultur der Ukraine), Freitags, 19.—20.

Prof. Dr. P. P. Kostomarov: Die Geschichte des ukrainischen Staatsrechts, Montags, 19.—20.

Prof. Dr. S. Mirschuk: Die ukrainische Kultur in ihrem historischen Werden, Mittwochs, 18.—19.

Die Vorlesungen begannen am 14. Mai. Anmeldungen werden in der Kanzlei des Instituts, Breite Straße 36, Aufgang 3, entgegengenommen.

